

Bericht

des Verkehrsausschusses

über die Drucksachen

20/416: Zukunftsfähigkeit des Luftfahrt- und Industriestandortes Hamburg absichern: Nachhaltige Ausrichtung der Verkehrsinfrastruktur am Luftfahrtstandort Finkenwerder herstellen (Antrag der CDU-Fraktion)

zusammen mit

20/535: Umgehungsstraße Finkenwerder – Versäumnisse der CDU-Senate beseitigen! (Antrag der SPD-Fraktion)

Vorsitz: **Ole Thorben Buschhüter**

Schriftführung: **André Trepoll
Klaus-Peter Hesse**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 20/416 und 20/535 wurden dem Verkehrsausschuss am 18. Mai 2011 auf Antrag der Fraktion DIE LINKE überwiesen. Der Ausschuss befasste sich in seiner Beratung am 10. Juni 2011 abschließend mit den Drucksachen.

II. Beratungsinhalt

Die CDU-Abgeordneten erläuterten die Inhalte ihres Antrages und verwiesen insbesondere auf das von ihnen geforderte Planfeststellungsverfahren.

Die SPD-Abgeordneten fragten den Senat, wie sie sich zu der Äußerung von Airbus im Nachbarschaftsbeirat vom 15.2.2011 stellten, dass der Betrieb die Hafenschiene nicht mehr benötige. Könne daraus gefolgert werden, die Trasse der Hafenschiene für den Bypass Finkenwerder zu nutzen. Zum Planfeststellungsverfahren verlangten sie eine Auskunft dahingehend, wie der Senat die Notwendigkeit eines solchen Verfahrens einschätze.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, sie gingen davon aus, dass Airbus die Schienenanbindung durch die Hafenschiene nicht mehr nutzen werde, inwieweit durch diesen Umstand die Trasse der Hafenschiene frei werde, müsse geprüft werden. Die Situation auf dem Rüschtweg in Finkenwerder, die Anbindung des Südwesttores von Airbus und die Planungen für einen Bypass könnten sie noch nicht abschließend einschätzen, sie seien sich aber nicht sicher, ob ein Bypass die richtige verkehrstechnische Lösung sei. Für eine Bewertung seien Lärmschutzmaßnahmen und die Belastungen der anwohnenden Bevölkerung Finkenwerders zu berücksichtigen. In 2008 habe es eine umfassende Untersuchung zur Anbindung der Rüschtalbinsel mit dem

Ergebnis gegeben, dass ein Bypass zu einer geringen Entlastung führen würde, es sei denn, die bestehenden Anbindungen an die Halbinsel über den Rüschiweg oder den Hein-Saß-Weg würden durch bauliche Veränderungen stark eingeschränkt. Sie gingen aber davon aus, dass Lkw-Lieferverkehre mit einem direkten Ziel in Finkenwerder dadurch nicht unterbunden werden könnten und im Gegenteil zu umgehenden Fahrten durch Finkenwerder gezwungen würden. Ein Planfeststellungsverfahren bedeute die Erlangung eines Baurechtes zur planungsrechtlichen Sicherung und stehe am Ende eines Planungsprozesses. Vorher müssten weitere Untersuchungen zu den Entlastungswirkungen eines Bypasses für Finkenwerder und Trassierungsuntersuchungen erfolgen. Die möglicherweise freie Hafenanbahntrasse bringe dazu einen neuen Aspekt ein, allerdings sei die Trassenführung durch einen sehr spitzen Winkel für die Fahrdynamik ungünstig und deshalb für eine Nutzung unattraktiv. Am Schluss eines Planfeststellungsverfahrens stehe immer eine Vorhabensrechtfertigung, die vor dem Hintergrund einer geringen Entlastungswirkung vermutlich sehr schwer zu begründen sei.

Der GAL-Abgeordnete fragte nach dem planerischen Ziel für eine Verkehrsentslastung im Ortskern Finkenwerder und ob es dazu Vorüberlegungen gebe. Er ging davon aus, dass der Verkehr sich trotz der Ortsumgehung weiterhin auch durch den Finkenwerder Ortskern bewegen werde. Deshalb sei es wichtig, auch für diese Situation eine Entlastung zu schaffen, damit der Ortskern für den Durchgangsverkehr unattraktiv werde.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter verwiesen auf die hohen Baukosten für die Ortsumgehung Finkenwerder mit 40 Millionen Euro. Sie erklärten erneut, der Nutzen eines Bypasses werde als gering eingeschätzt und stellten fest, eine Realisierung müsste aus bezirklichen Mitteln finanziert werden, insbesondere wenn die Straße zur Bezirksstraße umgewidmet werde. Deshalb sollte zunächst genau überprüft werden, wie die verkehrliche Situation sich nach Inbetriebnahme der Ortsumgehung Finkenwerder verhalten werde. Auf Basis dieser Erkenntnisse sollten weitere Überlegungen zur Verkehrsplanung in Finkenwerder erfolgen.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE befürwortete den Prüfauftrag aus dem vorliegenden Antrag der SPD-Abgeordneten, dabei wollte sie folgende zusätzliche Aspekte berücksichtigt wissen:

- sei es sinnvoll, eine vorhandene Schienenanbindung an Airbus aufzugeben
- würden die Stadtteile Francop und Neuenfelde durch eine weitere Verkehrsentslastung von Finkenwerder ein vermehrtes Verkehrsaufkommen verzeichnen müssen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten zu den Einlassungen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, die Stadtteile Francop und Neuenfelde seien von den Überlegungen zu Finkenwerder gar nicht betroffen. Sie schätzten den Lieferverkehr von der Rüschihalbinsel in das Airbuswerk als minimal ein und könnten nicht erkennen, welche Entlastung ein Bypass für die Bevölkerung Finkenwerders bezüglich des Zulieferverkehrs zu Airbus haben könnte. Sie gingen aber davon aus, dass die Ortsumgehung eine große Entlastung für die Bewohner Finkenwerders bringen werde, weil der größte Teil des Verkehrsaufkommens dadurch außerhalb von Finkenwerder verlaufen werde. Einen verkehrstechnischen Vorteil aus dem Erhalt der Bahntrasse sähen sie zudem auch nicht, denn in den letzten zehn Jahren sei diese für den Schienenverkehr nicht mehr genutzt worden und spiele deshalb als Bahnanbindung für Airbus keine Rolle mehr.

Die CDU-Abgeordneten zeigten sich erstaunt über die Einlassungen der Senatsvertreterinnen und -vertreter zu dem Bypass und deren Zweifeln am Nutzen einer solchen verkehrstechnischen Lösung. Seit der Untersuchung aus 2008 habe sich die Verkehrssituation in Finkenwerder weiterhin verändert, bei Airbus gebe es eine Steigerung der dort Beschäftigten und auf der Rüschihalbinsel weitere Ansiedlungen wie einen Neubau des ZAL (Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung GmbH) mit 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die SPD-Abgeordneten stellten klar, die Hafensüdostbahn zum Airbuswerk sei lediglich für den Transport von Gütern und nicht für Personen geeignet und werde nicht mehr genutzt. Sie brachten den Hinweis ein, dass die geplante Ortsumgehung auch die Hafensüdostbahn queren werde und deshalb endgültig festgestellt werden sollte, ob die Hafensüdostbahn noch gebraucht werde. Andernfalls müsste die Querung nicht eingerichtet und erhebliche Mittel könnten eingespart werden. Zu dem Bypass äußerten sie, bereits in den Vorjahren sei dessen Planung und Nutzen sehr kontrovers beurteilt worden. Deshalb müsse eine endgültige Überprüfung erfolgen, um der Bevölkerung Finkenwerders mit Sachargumenten begegnen zu können. Sie erklärten, das Südwesttor von Airbus sollte als Haupttor angesehen werden, da dieses in größter Nähe zur Umgehungsstraße liege und den höchsten Entlastungsfaktor erbringe.

Der GAL-Abgeordnete kritisierte die Haltung der Senatsvertreterinnen und -vertreter, die Entscheidung zum Bau des Bypasses müsse auf bezirklicher Ebene entschieden werden, denn die Behörde vertrete ebenfalls die Bezirksebene. Er unterstützte die Nachfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, inwieweit Verlagerungen im Ortsverkehr Finkenwerder Auswirkungen auf die verkehrliche Situation in Neuenfelde haben könnten. Er verwies auf die neue Autobahn mit der Abfahrtsstelle Rüpke und den Planungsabsichten für eine Umgehungsstraße für Rüpke. Diese Anbindung könnte ein zusätzlicher Schleichweg zum Airbuswerk als Umgehung der teilweise sehr belasteten A 7 werden, der den Ortsverkehr in Neuenfelde stark belasten könnte.

Die FDP-Abgeordneten äußerten deutlich ihre Zustimmung für den Prüfauftrag im Antrag der SPD-Abgeordneten, den sie für sinnvoll hielten, bevor ein Realisierungsvorhaben für den Bypass beschlossen werde.

Die CDU-Abgeordneten erklärten erneut, die Ortsumgehung Finkenwerder werde nicht allen bisherigen Verkehr durch den Ortskern Finkenwerder aufnehmen. Deshalb hielten sie es für notwendig, das Südwesttor bei Airbus zu ertüchtigen und einen Bypass zu errichten, um über die Rüschehalbinsel das Airbuswerk direkt erreichen zu können.

Der Ausschuss stimmte mehrheitlich gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus der Drs. 20/416 und einstimmig für den Antrag der SPD-Fraktion aus der Drs. 20/535.

III. Ausschussempfehlung

Der Verkehrsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft

- *mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Abgeordneten und mit den Stimmen der SPD-, FDP-Abgeordneten, des GAL-Abgeordneten und der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, den Antrag aus der Drs. 20/416 abzulehnen.*
- *einstimmig, den Antrag aus der Drs. 20/535 anzunehmen.*

André Trepoll, Berichterstattung